



Eine Kampagne getragen von:



Pressemitteilung

Verbändekampagne fordert zur Senkung der Rußbelastung Tempo 80 auf dem Frankfurter Autobahnring und eine Stärkung von Radverkehr und ÖPNV

Dieseruß schadet nicht nur der Gesundheit sondern auch dem Klima - Frankfurt braucht zur Einhaltung der Feinstaubgrenzwerte eine Ausweitung der Umweltzone auf alle Autobahnen im Stadtgebiet und eine konsequentere Förderung von Radverkehr und ÖPNV im innerstädtischen Bereich.

Frankfurt/Main, 10.12.2009

Die bisherigen Anstrengungen der Stadt Frankfurt am Main und der hessischen Landesregierung, die gesundheits- und klimaschädlichen Rußemissionen zu reduzieren, sind nicht ausreichend. Dies kritisierten heute Vertreter des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), des Naturschutzbund Deutschland (NABU) und des Verkehrsclub Deutschland (VCD) im Rahmen einer Pressekonferenz der Kampagne „Rußfrei fürs Klima“.

Bereits 35-mal sei in diesem Jahr der EU-Grenzwert für Feinstaub an der Messstelle in der Friedberger Landstrasse überschritten worden. Damit wurde die von der EU maximal erlaubte Anzahl der Überschreitungen für dieses Jahr bereits erreicht. Grund dafür sei, dass notwendige Minderungsmaßnahmen in Frankfurt am Main nur unzureichend umgesetzt würden: So sei der die Frankfurter Innenstadt umschließende Autobahnring nicht Teil der Umweltzone. Dieselbetriebene Baumaschinen, eine erhebliche Ursache für innerstädtischen Feinstaub, würden ohne Partikelfilter betrieben. Die Förderung der rußfreien Verkehrsträger Fahrrad und des elektrisch betriebenen Nahverkehrs würde von der Landesregierung unnötig erschwert.

Für die Verminderung von Ruß gibt es laut **Dr. Axel Friedrich**, internationaler Verkehrsexperte, sehr kosteneffiziente Lösungen. **„Wirksame Rußfilter müssen nicht nur in Pkw und Nutzfahrzeugen, sondern auch in Schienenfahrzeugen, Bussen und alle anderen Fahrzeugen des städtischen Fuhrparks eingebaut werden, auch nachträglich! Vollständig versäumt wurde bisher, auch Baumaschinen mit Partikelfilter auszustatten, obwohl 30 Prozent der städtischen Rußemissionen von ihnen ausgehen. Die Bankenmetropole Frankfurt am Main mit ihren vielen Baustellen muss hier vorangehen und mit städtebaulichen Verträgen dafür sorgen, dass Baumaschinen die Atemluft nicht länger belasten“**, so Friedrich.

Michael Rothkegel, Geschäftsführer des BUND-Hessen, kritisierte, dass die seit dem 01.10.2008 bestehende Umweltzone ab nächstem Jahr, anders als in Berlin, noch nicht die grüne Plakette vorschreibe. **„Absurd ist es, dass der die Umweltzone begrenzende Autobahnring aus A3, A5, A 661 und die sich in der Umweltzone befindenden Teilstücke von A66 und A 648 von der Umweltzone ausgenommen und auf ein Tempolimit von 80 km/h verzichtet wird. Wir sehen da die Landesregierung in der Pflicht. Ein Tempolimit von 80 km/h hätte eine positive Wirkung bei der Rußvermeidung“**, so Rothkegel. Bei einem Praxistest im österreichischen Graz seien innerhalb von 10 Monaten 450 kg Feinstaub durch die Einführung eines Tempolimit von 100 km/h auf den stadtnahen Autobahnen vermieden worden. Rothkegel weiter: **„Bei einem Tempolimit von 80 km/h ist der Einsparungseffekt sogar noch deutlich höher. Zusätzlich würde ein generelles Tempolimit auch den CO2 und Stickoxidausstoß reduzieren.“**



Eine Kampagne getragen von:



Dietmar Oeliger, Verkehrsexperte des NABU-Bundesverbandes, hob hervor, dass die Wirksamkeit von Umweltzonen durch umfangreiche Untersuchungen in Berlin und München nachgewiesen worden sei. So sei in Berlin die verkehrsbedingte Rußbelastung bereits um 24 Prozent und die Stickstoffoxidbelastung um 14 Prozent zurückgegangen. Mit der Scharfstellung der Umweltzone ab 2010 sei sogar mit einer nochmals deutlichen Luftqualitätsverbesserung zu rechnen. **„Die Stadt Frankfurt am Main und die hessische Landesregierung sind zum Wohl der Gesundheit der Bürger dazu verpflichtet, die Feinstaub- und ab dem 01.01.2010 auch die Stickoxidgrenzwerte der EU einzuhalten. Die Umweltzone ist als Teil eines ganzen Maßnahmenbündels dafür eines der wirksamsten Instrumente“**, sagte Oeliger. Parallel zum Klimagipfel in Kopenhagen wolle man auch deutlich machen, dass die Umweltzone einen doppelten Effekt habe. Sie helfe dabei die Atemluft zu verbessern und durch die Vermeidung von Dieselausgasen auch das Klima zu schonen. Letztlich müsse jede Stadt und jede Kommune dazu ihren Beitrag leisten.

Holger Greiner, Sprecher der Regionalgruppe Rhein-Main des VCD-Hessen: **„Frankfurt am Main kann durchaus eine Vorbildrolle für eine nachhaltige Verkehrsplanung einnehmen, wenn in einer Langfristperspektive die Förderung des Umstiegs der Pendler vom Auto auf den Öffentlichen Nahverkehr vorangetrieben wird“**. Die Ausweitung der Umweltzone und Tempolimits seien unverzichtbare Mittel. Es sei aber darüber hinaus wichtig, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen zu reduzieren. Der ökologisch orientierte Verkehrsclub fordert daher von den politisch Verantwortlichen und den Verkehrsunternehmen den Ausbau der Kapazitäten im ÖPNV, die Verbesserung der Qualität der Verbindungen und die Umschichtung von Investitionsmitteln von der Straße auf die umweltfreundlichen Verkehrsmittel. Die in Frankfurt am Main bereits vorgenommenen ersten Verbesserungen bei der Fahrzeugflotte und der Ausbau von Nachtverbindungen seien wichtige erste Schritte. Die von der Stadt propagierte, weitere Stärkung des Radverkehrs müsse konsequent vorangetrieben werden. Die derzeit anstehende Fahrpreiserhöhung sei dagegen ein Schritt in die falsche Richtung, da ein signifikanter Zusammenhang zwischen Fahrpreisen und der Intensität der ÖPNV-Nutzung bestehe.

Ansprechpartner:

Jens Hilgenberg, BUND-Verkehrsexperte, jens.hilgenberg@bund.net,
Tel. 0151/56313302

Dietmar Oeliger, NABU-Verkehrsexperte, dietmar.oeliger@nabu.de,
Tel. 0172/9201823

Holger Greiner, VCD-Sprecher Regionalgruppe Rhein-Main, holger.greiner@vcd-hessen.de,
Tel. 0151/26846475

Die Kampagne „Rußfrei fürs Klima“ wird getragen von den deutschen Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden Bund für Umwelt und Naturschutz BUND, Naturschutzbund NABU, Verkehrsclub Deutschland VCD und Deutsche Umwelthilfe DUH. Ziel der Kampagne ist es, die Klimawirkungen von Dieselausgasen ins Bewusstsein von Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit zu bringen und Maßnahmen zur Rußminderung einzufordern. www.russfrei-fuers-klima.de